Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz der Stadt Wilhelmshaven am Mittwoch, 1. Februar 2017, 15:00 Uhr, Sitzungszimmer TBW - Gebäude A - 1. Etage - Zi.-Nr. 1.00 , Nr. 1/2017

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Kerrin Volkmann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Antje Johanna Kloster
Beigeordneter Michael von den Berg

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied FDP-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Landvolkverein

beratendes Mitglied Hartmut Brören

Naturschutzbeauftragter

beratendes Mitglied Klaus Börgmann

Von der Verwaltung

Fachbereich Feuerwehr Minou Kiani
Dezernent Oliver Leinert
Fachbereichsleitung 37 Steffen Lutter
Fachbereichsleitung 63 Niksa Marusic
Referatsleiterin 5 Marion Winkel-Fiedelak
Protokollführer Timm Harms

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 16.11. und 07.12.2016 (öffentlicher Teil)	
4	Mitteilungen und Anfragen	
4.1	Vortrag Firma Tennet zum Sachstand des Planfeststellungsverfahren der 380 kV-Leitung von Wilhelmshaven nach Conneforde	
4.2	Sachstandsbericht zur Lärmbelästigung bei Herrn Thomssen	
5	Vorlagen an den Rat	
5.1	Erlass einer Mindestabstandsverordnung für Spielhallen	**31/2017**
5.2	Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab 2017	**27/2017**
5.3	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven	**18/2017**
5.4	Beschlussvorlage 20/2017 als Tischvorlage	**20/2017**
6	Mitteilungen und Anfragen	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Preuß eröffnet die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Ferner stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird dahingehend geändert, dass Punkt 5.1, Vortrag der Firma Tennet, vorgezogen wird. Die Mitteilungen und Anfragen werden demnach nach Punkt 3 durchgeführt. Neuer Punkt 4.2 ist ein Sachstandbericht zu dem Thema Lärmbelästigung bei Herrn Thomssen. Zudem soll unter Punkt 5.4 eine Tischvorlage mit dem Thema „Letters of Intent“ zur Abstimmung vorgelegt werden.

3 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 16.11. und 07.12.2016 (öffentlicher Teil)

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 16.11.2016 und 07.12.2016 wurden mehrheitlich genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Vortrag Firma Tennet zum Sachstand des Planfeststellungsverfahren der 380 kV-Leitung von Wilhelmshaven nach Conneforde

Vortrag der Firma Tennet zum Sachstand des Planfeststellungsverfahrens der 380 kV-Leitung von Wilhelmshaven nach Conneforde.

Frau Bergmann und **Frau Schultze** von der Firma Tennet stellen den Sachstand des Planfeststellungsverfahrens vor (siehe Anlage). Ihnen steht Herr Peter Loose von der Firma ERM zur Seite.

Herr Heinemann fragt, ob es eine Gefährdung für die Landwirtschaft oder andere Anlieger geben würde. Laut **Frau Schultze** werden alle Grenzwerte eingehalten (siehe Unterlagen). **Herr Leinert** sagt, dass im Ortsrat Sengwarden die Frage gestellt wurde, warum die Planfeststellungsunterlagen neu ausgelegt wurden. Laut **Herrn Loose** wurde der Altantrag zurückgezogen und ein neuer Antrag gestellt. Als Grund nannte er, dass der Verlauf der Freileitung sowie des Erdkabels aufgrund der Nähe zu Wohnbebauung geändert wurde. **Herr Börgmann** möchte wissen, ob der Vogelschutz beachtet wird. Dieses ist laut **Herrn Loose** in enger Abstimmung mit dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven berücksichtigt worden. **Herr Brören** fragt, ob Ausgleichsflächen geschaffen wurden. Laut **Frau Schultze** wurden Kompensationsflächen bereits von der Firma EON erworben, diese sind bereits verrechnet worden. Hinzugekommen ist in Absprache mit dem Landkreis Friesland eine Fläche in der Nähe des Jadebusens. Weiterhin fragt **Herr Brören**, welcher Strom durch die Leitungen fließt. Gemäß **Frau Bergmann** ist die Leitung ist an das Kraftwerk angeschlossen, allerdings wird auch der gewonnene Strom der Windenergieanlagen durch die Leitungen fließen.
Abschließend bedankt sich Herr **Dr. Preuß** für den Vortrag.

4.2 Sachstandsbericht zur Lärmbelästigung bei Herrn Thomssen

Herr **Dr. Preuß** gibt eine kurzen Bericht zum Thema Lärmbelästigung des Herrn Thomssen durch die Windenergieanlagen des Forschungswindparks Anzetel: Herr Dr. Preuß, Herr Dr. Schulte und Herr M. Harms waren bei Herrn Thomssen zu Hause, eine Lärmbelästigung konnte nicht festgestellt werden, da keine der Anlagen in Betrieb war. **Herr Dr. Preuß** hat allerdings eine Audiodatei von Herrn Thomssen bekommen, die sich jeder anhören könnte.
Herr von den Berg lobt zwar den Einsatz der Ausschussmitglieder, merkt aber an, dass diese keine ausgewiesenen Gutachter sein. Er schlägt vor, dass ein Termin gefunden wird, an dem alle Ausschussmitglieder teilnehmen können und die Windenergieanlagen in Betrieb sind.
An der folgenden Diskussion beteiligen sich **Herr Dr. Preuß**, **Herr Seidel**, **Herr M. Harms**, **Herr Leinert**, **Herr Marušić**, **Frau Volkmann** und **Herr von den Berg**.
Laut **Herrn Leinert** sind aus Sicht der Stadt Wilhelmshaven die Windenergieanlagen ordnungsgemäß und professionell gebaut worden. **Herr Marušić** fügt an, dass sich die Stadt an den neuesten Stand der Technik hält, was auch von der Firma DEWI bestätigt wurde. Darüber hinaus sei durch den Betreiber auch der neueste Stand der Wissenschaft getestet worden. Kein unabhängiges Gutachten habe eine Lärmbelästigung ergeben, alle Grenzwerte wurden eingehalten.
Herr von den Berg stell klar, dass er die Arbeit der Verwaltung nicht angegriffen hat.
Abschließend gibt **Herr Dr. Preuß** an, dass sich die o.a. Ausschussmitglieder weiterhin mit den Vorwürfen des Herrn Thomssen befassen werden.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Erlass einer Mindestabstandsverordnung für Spielhallen **31/2017**

Herr Dr. Preuß stellt die Beschlussvorlage 31/2017 vor. **Herr von den Berg** legt einen Änderungsantrag von der Gruppe „grün-unabhängig-sozial“ vor. In diesem möchte die Gruppe, dass die Ausnahmen in § 1 Absatz 2 der Glückspielverordnung nicht aufgenommen werden. Weiterhin soll es keine Ausnahmen der 500 m Regelung im Stadtgebiet Wilhelmshavens geben. Hierzu fragt **Herr Dr. Schulze**, warum es eine Ausnahme von 100 m geben soll. Hierzu erläutert **Frau Winkel-Fiedelak**, dass das neue Glückspielgesetz einen Mindestabstand von 100 m zwischen einzelnen Spielhallen vorschreibt, zudem schreibt der Gesetzgeber vor, dass der Betreiber zuverlässig sein soll. Die vorhandenen Konzessionen laufen zum 30.06.2017 aus. Weiterhin führt sie aus, dass bereits Anträge zur Genehmigung von Spielhallen über den 30.06.2017 hinaus vorliegen. Einige sind bereits genehmigt worden. Der Bestandsschutz soll diese genehmigten Spielhallen vor einer Schließung bewahren. Laut **Frau Winkel-Fiedelak** gab es im Stadtgebiet Wilhelmshaven im Jahre 2016 46 Spielhallen. Nach dem Stichtag 30.06.2017 werden es Stand 01.02.2017 27 Spielhallen sein. Neue Konzessionen könnten allerdings jederzeit beantragt werden. Bei einem Verzicht auf den Bestandsschutz der genehmigten Spielhallen, könnten Schadensersatzansprüche auf die Stadt Wilhelmshaven zukommen. Zudem würden laut **Herrn Leinert** steuerliche Einnahmen in Höhe von mehreren hunderttausend Euro für die Stadt wegfallen, aus diesem Grund ist die Dichte von Spielhallen mit 100m Abstand in Zentraler Lage möglich gemacht worden.
An der folgenden Diskussion beteiligen sich **Herr Dr. Schulte**, **Herr Dr. Preuß**, **Herr M. Harms**, **Herr Heinemann**, **Herr Seidel**, **Herr Marušić**, **Frau Winkel-Fiedelak** und **Herr von den Berg**.
Herr Dr. Schulte schlägt vor, den Bestandsschutz der genehmigten Spielhallen zu gewähren und den Abstand zwischen den Spielhallen auf 500 m festzusetzen. Dem stimmt **Herr Seidel** von der SPD zu.
Daraufhin ändert die Gruppe „grün-unabhängig-sozial“ den Änderungsantrag dahingehend ab, dass der Bestandsschutz bestehen bleiben soll und Ausnahmen nach § 1 II der Glückspielverordnung gestrichen werden soll, demnach soll grundsätzlich ein Abstand von 500m zwischen den Spielhallen bestehen.
Dieser Vorschlag wird von den SPD, der FDP und der AfD unterstützt. Die CDU trägt den Vorschlag mit, muss darüber aber erst in der Fraktion beraten.

Herr Dr. Preuß lässt über den Änderungsantrag abstimmen:
Ergebnis: 6 „ja“ und 3 „nein“ Stimmen.

Anschließend lässt er über die Beschlussvorlage nebst beschlossenem Änderungsantrag abstimmen.
Auch hier ist das Ergebnis 6 „ja“ Stimmen und 3 „nein“ Stimmen.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt den Erlass einer Mindestabstandsverordnung für Spielhallen

5.2 Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab 2017 **27/2017**

Herr Dr. Preuß stellt die Beschlussvorlage 27/2017 vor.
Anschließend stellt **Herr Lutter** seine Präsentation vor (siehe Anlage).
Herr von den Berg legt für die Gruppe „grün-unabhängig-sozial“ einen Änderungsantrag als Prüfauftrag vor. **Herr von den Berg** erläutert, dass es Personalprobleme bei der Berufsfeuerwehr gebe, auch sei die Gefahr gegeben, dass diese Problematik bei Unternehmen auftreten könnte, die den Krankentransport in der Stadt gewährleisten. Und folglich könnte es bei einer Ausschreibung passieren, dass ein Unternehmen ansiedelt, welches seitens der Stadt nicht gewollt ist.
Dieser Prüfauftrag, soll laut **Herrn von den Berg** zeigen, ob es möglich ist, dass die Berufsfeuerwehr mit zusätzlich angestellten Rettungssanitätern/Notfallsanitätern, nicht nur den Krankentransport sicherstellen könnten, sondern auch als zweite Kraft auf dem Rettungswagen einzusetzen wären. Die Folge wäre, dass die Berufsfeuerwehr gestärkt werden würde, da der geamte Rettungsdienst in der Stadt mit städtischen Mitarbeitern sichergestellt wird.
Herr Lutter bestätigt die Personalprobleme bei der Berufsfeuerwehr. Der Rettungsdienstbedarfsplan dient allerdings der Entlastung der Berufsfeuerwehr. Er bittet um Trennung zwischen dem Rettungsdienstbedarfsplan und dem Prüfauftrag.
Herr Seidel schlägt daraufhin vor, den Rettungsdienstbedarfsplan zu beschließen und vor Erstellung des nächsten Rettungsdienstbedarfsplanes einen Prüfauftrag zu vergeben. **Herr Heinemann** pflichtet diesem bei. **Herr von den Berg** zieht den Änderungsantrag daraufhin zurück.

Herr Dr. Preuß lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.
Das Ergebnis lautet: 8 „ja“-Stimmen und eine Enthaltung.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab dem 01.04.2017.

5.3 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven **18/2017**

Herr Dr. Preuß stellt die Beschlussvorlage 18/2017 vor und lässt darüber abstimmen.

Das Ergebnis ist eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.02.2017 zu.

b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 20.12.2016.

5.4 Beschlussvorlage 20/2017 als Tischvorlage

Beschlussvorlage 20/2017 als Tischvorlage

Herr Leinert stellt die Beschlussvorlage 20/2017, Letters of Intent, vor. Die Vorlage spiegelt laut **Herrn Leinert** die Aussagen der Präsentation von Frau Subottka aus der Novembersitzung wieder. Im Grunde soll die GGS die Genehmigung vom Rat bekommen, an dem europäischen Wettbewerb teilzunehmen.
Weiterhin erläutert Herr Leinert, dass der ULB-Ausschuss nicht zustimmen muss, eine Kenntnisnahme reiche aus.
Daraufhin stellt **Herr Dr. Preuß** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.
Das Ergebnis ist eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

6. Mitteilungen und Anfragen

Herr von den Berg möchte noch einige Dinge zum Thema Mitteilungen und Anfragen sagen.
Zunächst möchte er einen Sachstand zum Thema Banter See haben, es. Weiterhin fragt er, ob es Informationen zu den Baumfällungen am Klinikum gibt. Nach seinen Informationen seien schon viele Bäume gefällt worden. Letztlich schlägt er vor, die Ausschusssitzung auf eine spätere Uhrzeit zu verschieben, da dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, dass eine größere Anzahl an interessierten Bürgern an den Sitzungen teilnehmen könnte.

Herr Leinert sagt, dass ein ökologisches Gutachten zum Banter See zurzeit bearbeitet wird. Es ist beabsichtigt, das Gutachten Ende des ersten Quartals abzuschließen und vorzustellen.
Zum Punkt der Baumfällungen äußert sich **Herr Marušić** dahingehend, dass es ein umfangreiches Planverfahren zum Klinikum gibt. Es ist alles mit der Naturschutzbehörde abgestimmt worden. Die Informationspolitik obliege allerdings der Leitung des Klinikums.
Die Verschiebung der Sitzung auf einen späteren Zeitpunkt wird kritisch gesehen und von der Mehrheit abgelehnt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:00 Uhr

Leinert Dezernent	Preuß Vorsitzender	T. Harms Protokollführer